

# Südkorea auf neuem Erfolgsweg: Hochwachstum nach dem Ende der strukturellen Krise

Rüdiger Machetzki

Seit 1994 erlebt Südkorea einen anhaltenden gesamtwirtschaftlichen „Boom“, die erste Hochwachstumsphase seit dem erfolgreichen Ausklang des jüngsten großen Umbruch- und Anpassungsprozesses im Verlauf des rasanten gegenwartsgeschichtlichen Aufstiegs des Landes von einem gesellschaftlich und wirtschaftlich rückständigen Staatswesen zu einer der führenden zwölf Wirtschafts- und Handelsnationen der Welt. 1995 wurde das Bruttoinlandsprodukt um die nahezu rekordverdächtige Größenordnung von neun Prozent auf knapp 452 Milliarden US-Dollar gesteigert - eine Leistung, die selbst für die erfolgsgewohnte südkoreanische Gesellschaft Anlaß zu (nicht immer) stiller Zufriedenheit bot, zumal pro Kopf der Bevölkerung mit knapp 10.100 US-Dollar endlich die seit Jahren beschworene Überschreitung der im öffentlichen Bewußtsein symbolhaften 10.000-Dollar-Grenze gelang.

Trotzdem herrscht insgesamt eher ein Klima der positiven Sachlichkeit vor. Politik, Medien und Unternehmensführungen sind sich durchaus der Tatsache bewußt, daß ein Teil der Erfolgsgeschichte aus volkswirtschaftlichen und unternehmerischen „windfall profits“ herrührt, die den Unwägbarkeiten der globalen „Währungstektonik“ zu verdanken sind. Vor allem das *endaka*-Phänomen, der harte Außenwert des japanischen Yen, erwies sich während der längsten Zeit des Jahres als unerwarteter „kostenfreier Input“, der nicht unwesentlich zum schnellen Anstieg der außenwirtschaftlichen Leistungskurven der industriellen Unternehmen des Landes beigetragen hatte. Die Mehrheit der Verantwortlichen hatte auch während dieser „Won-im-Glück-Monate“ zu keiner Zeit die Erkenntnis verdrängt, daß der Währungsfaktor ein zu labiles Element darstellt, um ihn in nüchterne Beurteilungen der zukünftigen Leistungsfähigkeit der südkoreanischen Volkswirtschaft einzubeziehen, und die wenigen, die sich im nationalen Hochgefühl vorübergehend den eigenen Realitätssinn schwächen ließen, wurden gegen Ende des Jahres auf den Boden der wirtschaftlichen Tatsachen zurückgeholt, als das Währungspendel in einen leichten Rückschwung geriet.

Aufgrund der damit einhergehenden Veränderungen der Kostensituation flachte das gesamtwirtschaftliche Wachstum auf knapp sieben Prozent ab. Optimistische südkoreanische wie ausländische Vorhersagen und Schätzungen, die für 1995 - mit anerkanntem Mut zum Wagnis - ein zweistelliges Wachstum in Aussicht gestellt hatten, erfüllten sich deshalb nicht vollständig. Dennoch: Trotz der leichten „Einebnungen“ zum Jahresende 1995 scheint der Wirtschaftsverlauf seine Dynamik auch 1996 nahezu ungebrochen aufrechter-

halten zu können. Die tragenden Elemente sind zur Zeit zu stabil, um ein baldiges Ende des Booms zu prognostizieren. Das Wachstum speist sich nicht nur aus einer einzigen Hauptquelle. Auslandsnachfrage, Anlageinvestitionen und privater Verbrauch haben alle mit großer Spannbreite zur positiven Entwicklung beigetragen. Die gleichzeitige fiskalische Disziplin (Staatsausgaben +2,8%) sowie die im internationalen Vergleich äußerst hohen Sparleistungen (Sparquote 36,5%) müssen als weitere Faktoren gelten, die zu Gunsten realistischer gesamt- und außenwirtschaftlicher Erfolgshoffnungen sprechen.

Diese Bilanz bemerkenswerter Leistungsstärke ist keineswegs so selbstverständlich, wie in der internationalen Wirtschaftswelt von heute des öfteren kommentiert wird. Vergessen scheint, daß Südkoreas Wirtschaft noch vor wenigen Jahren (1991-93) durch ein „Tal der Tränen“ wanderte. Genauer: Die meisten anderen Gesellschaften dieser Welt, insbesondere die westlichen, wären unter vergleichbaren Krisenbedingungen aller Wahrscheinlichkeit nach einem wenig zweckdienlichen Zukunftspessimismus verfallen.

Auch die südkoreanische Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit bewerteten diese für die weitere Zukunft des Landes entscheidende Entwicklungsphase als Jahre der Krise. Im gesamtwirtschaftlichen Wachstum wurden deutliche „Bremsspuren“ sichtbar. Die Größenordnungen sanken auf fünf bis sechs Prozent. Sechs Prozent stellen gegenwärtig die Scheidemarke dar, unterhalb derer in Südkorea von einer Krise oder zumindest Rezession gesprochen wird. Das mag in westlichen Ohren auf den ersten Blick überraschend klingen. Man sollte jedoch nicht vergessen, daß das Land dazu gezwungen ist, überdurchschnittlich hohe Produktivitätsfortschritte zu erzielen, um mit seinen Hauptwettbewerbern Schritt halten zu können. Gleichzeitig muß der Beschäftigungsdruck, der von der immer noch um annähernd zwei Prozent wachsenden Erwerbsbevölkerung ausgeht, neutralisiert werden. Zwar ist das Wachstum der Gesamtbevölkerung in der Zwischenzeit hinter die Ein-Prozent-Grenze zurückgegangen, aber bis sich Gesamtbevölkerung und Erwerbsbevölkerung in ihrer Dynamik angleichen, werden noch weitere acht bis zehn Jahre vergehen. Das heißt mit anderen Worten: Unter wirtschaftlich-gesellschaftlichen Gesichtspunkten trägt ein Wachstum von weniger als sechs Prozent nicht zur notwendigen Entschärfung der bestehenden Entwicklungsproblematik bei, und daran wird sich kurz- und mittelfristig nur wenig ändern. Im übrigen wirft dieser Sachverhalt auch ein bezeichnendes Licht auf die Zweifelhaftheit vieler Wachstumsvergleiche zwischen westlichen und ostasiatischen Volkswirtschaften.

Wie auch immer man die Situation der südkoreanischen Volkswirtschaft in den frühen neunziger Jahren einschätzt, es folgte eine nationale Standortdebatte, die an Schärfe, einseitigen Schuldzuweisungen und gegenseitigen Forderungen zur Verzichtsbereitschaft im nationalen Interesse in keiner Weise der Debatte um den „Standort D“ nachstand. Der - tatsächlich oder vermeint-

lich - drohende wirtschaftliche Niedergang des neuen Schwellenlandes konnte, so der allgemeine Tenor, nur durch grundlegende, harte entwicklungspolitische Weichenstellungen aufgehalten werden, und es wurde von allen Parteien - Regierung, Wirtschaft und Erwerbsbevölkerung - in der Tat eine außergewöhnliche Bereitschaft verlangt, mühsam erschaffene Besitzstände in Frage zu stellen.

Besonders betont werden muß, daß diese Aufgaben unter den neuen politischen Bedingungen der jungen Demokratie zu bewältigen waren. Anders als in den Jahrzehnten zuvor war es der auf demokratische Zustimmung angewiesenen Regierung nicht möglich, die als richtig und notwendig erkannten Maßnahmen und Wege einfach per fiat vorzuzeichnen. Sie mußte die Notwendigkeit schwieriger Meinungsbildungsprozesse akzeptieren. Die erfolgreich bestandene „Feuerprobe“ hat den Südkoreanern und anderen Ostasiaten u.a. überzeugend bewiesen, daß die „Kampfformel der Singapur-Schule“ und anderer Stimmen neautoritärer Provenienz, wonach der Preis der Demokratie zu hoch sei, weil er zwangsläufig zu Einbußen in der Handlungsfähigkeit der Politik, der wirtschaftlichen Dynamik und der gesellschaftlichen Zukunftsfähigkeit führe, in der Entwicklungswirklichkeit des Landes keine Bestätigung gefunden hat.

Angesichts der kritischen Situation während der frühen neunziger Jahre war es für jeden (westlichen) Beobachter zutiefst beeindruckend, mit welchem hohem Optimismus das Land auf die Herausforderungen antwortete. Die Lehren, die sich aus dem koreanischen Wort für Krise, *wigi*, etymologisch ableiten lassen, waren offensichtlich nicht vergessen worden. *Wigi* setzt sich aus zwei (chinesischen) Schriftzeichen zusammen, die „Gefahr“ bzw. „Chance“ bedeuten. Die Gefahren nicht zu mißachten, sich aber vorrangig auf die Chancen zu konzentrieren, das ist aus gesamtostasiatischer Sicht das Geheimnis wirkungsvollen Krisenmanagements, im persönlichen wie im gesellschaftlichen Bereich. Die Südkoreaner haben in diesen Jahren bewiesen, daß sie - ebenso wie das mit zwiespältigen Empfindungen betrachtete Vorbild Japan - geübte „crisis eaters“ sind. Sie haben nicht gegen die Zukunft gedacht, und im Nachhinein hat sich bestätigt, daß diese Zeit der Krise zugleich das verborgene Vorstadium eines neuen Vormarsches in der Weltwirtschaft war.

Der Ausbruch der kurzen, aber heftigen Entwicklungskrise war im wesentlichen die späte Folge zweier sich überschneidender und gegenseitig verschärfender Trends, die sich während der achtziger Jahre nach und nach beschleunigt hatten, aber wegen des überwiegend positiv bewerteten volkswirtschaftlichen Erscheinungsbildes nicht im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit standen. Die beharrlichen Warnsignale, die von den wirtschaftlichen „think tanks“ des Landes und anderen Fachkreisen ausgesandt wurden, erschienen nicht eindringlich genug, um sie zum Gegenstand der Politik zu

machen. Spätestens 1990-91 jedoch wurden alle Beteiligten von der Realität eingeholt.

Theoretisch war die Situation ziemlich einfach zu erklären. Die angestauten Entwicklungsdefizite - nachlassende Wettbewerbsfähigkeit der ersten Generation der arbeitsintensiven Industrien sowie ein gegenüber den Planvorgaben erheblich verzögerter Fortschritt im Auf- und Ausbau der neuen forschungs- und kapitalintensiven Industriebranchen - waren klar erkennbar, und die Standardrezepte zur Bewältigung dieser Schwächen konnte man u.a. jederzeit in den zahlreichen Weltbank-Publikationen finden, die die segensreichen Wirkungen ständiger Wachsamkeit und Bereitschaft zum konsequenten wirtschaftlichen Strukturwandel anpreisen.

Die wirtschaftliche Praxis hingegen erwies sich als wesentlich komplexer und resistenter gegenüber den wohlfeil angebotenen Patentrezepten. Die Vorstellung, daß der durch den schleichenden Verlust der Wettbewerbsstärke zwangsläufig bedingte Rückgang der Gewinne und Beschäftigungsmöglichkeiten in den alten Branchen durch eine entsprechende Erweiterung des Arbeitsangebotes und verbesserte Gewinnaussichten in den neu entstehenden Industriezweigen sowie im Dienstleistungsbereich kompensiert werden könne, mochte prinzipiell korrekt sein. Sie vernachlässigte jedoch in elementarer Weise den Zeitfaktor. Der Niedergang vollzog sich wesentlich schneller als erwartet, u.a. auch deshalb, weil niemand (innerhalb oder außerhalb Südkoreas) das geradezu explosionsartige Tempo vorausgesehen hatte, mit dem entsprechende Produktionskapazitäten in China und den großen ASEAN-Staaten aus dem Nichts heraus aufgebaut wurden. Gleichzeitig wurde der Wirtschaftsadministration und den großen Unternehmensführungen nur langsam und als Folge eines bis heute anhaltenden, kostenaufwendigen Versuch-und-Irrtum-Prozesses klar, daß der Aufbau neuer wettbewerbsfähiger strategischer Industrien wesentlich schwieriger war, als man unter dem Einfluß eines anfänglichen Pionieroptimismus vermutet hatte.

Man hatte Neuland betreten, und die alte, wenig in Zweifel gezogene Erfolgsgewißheit, die sich im industriellen „Aufholprozeß“ verfestigt hatte, wich größerer Nüchternheit, d.h. einem gewachsenen Sinn für die Komplexität und Unübersichtlichkeit hoch entwickelten Wirtschaftens. Grundsätzlich reagierten in dieser für das Land kritischen Situation sowohl die Politik als auch die verschiedenen Wirtschaftsgruppierungen weitgehend richtig, wie nicht zuletzt der seit 1994 anhaltende Aufschwung bestätigen sollte. Diese Leistung kann nicht überschätzt werden. Um ähnlich konsequente und erfolgreiche nationale Reaktionsmuster in der Geschichte der internationalen Anpassungsprozesse aufzuzählen, bedarf es nicht einmal der Finger einer einzigen Hand.

Vor allem seit Beginn der zivilen Präsidentschaft Kim Young-sams beschleunigten die politischen Instanzen den seit Mitte der achtziger Jahre angekündigten, aber nur zögerlich vollzogenen Rückzug von den Komman-

dohöhen des Staates, d.h. der umfassenden Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft, und lösten sich aus der bis dahin nahezu als sakrosankt geltenden „Symbiose“ von Regierung und Chaebol, den berühmt berüchtigten Großkonglomeraten des Landes. Gleichzeitig wurden Wirtschaftsverbände und Unternehmen nachhaltig darauf eingestimmt, sich auf eine Politik konsequenter wirtschaftlicher Außenöffnung einzustellen. Die neue Maxime lautete, an der Globalisierung des Wirtschaftsprozesses führe in Zukunft kein Weg vorbei.

Vielen ausländischen (und auch manchen südkoreanischen) Beobachtern erscheinen die wirtschaftspolitischen Reformen (noch) nicht genügend tief zu greifen und zu langsam zu verlaufen. Bisweilen werden der wirtschaftspolitischen Administration sogar bedauerliche Rückfallneigungen attestiert, das nationale Interesse in eigener Hoheit definieren zu wollen. Die Kritik ist nicht ohne Berechtigung, aber sie ändert nur wenig an der wesentlich wichtigeren Tatsachenfeststellung, daß im Jahre 1996 niemand mehr Südkorea überzeugend als ein Land beschreiben kann, dessen Wirtschaftssystem unter allen nichtsozialistischen Staaten dem Befehlsplantypus am nächsten kommt.

Auf seiten der Wirtschaft reagierten die Unternehmen der traditionellen arbeitsintensiven Branchen auf die nachlassende Wettbewerbsstärke im südkoreanischen Wirtschaftsumfeld - wie überall auf der Welt - anfänglich mit Hilferufen nach Schutz und Quasisubventionen, dann jedoch - und das ist keineswegs die Norm - mit einer kontinuierlichen „Verlagerungsoffensive“ mehr oder weniger großer Teile ihrer Produktionskapazitäten nach China und Südostasien. Die Zahl der Beschäftigten sank. Sie wäre jedoch bei Unternehmensschließungen noch stärker gesunken. Aber die Wirtschaftskraft der Unternehmen blieb erhalten, und in vielen Fällen konnte sie sogar gesteigert werden.

Die großen Konglomerate stellten sich nach und nach ebenfalls auf die zuvor nicht erwarteten Schwierigkeiten ein und reagierten mit weitreichenden Veränderungen in ihren Unternehmensstrategien und Planungen sowie Umgestaltungen der Unternehmensorganisation. Vereinfacht ausgedrückt: In den letzten Jahren scheint ein neues Unternehmensbewußtsein für die schlüsselhafte Bedeutung von Forschungs- und Entwicklungsleistungen sowie alle anderen „immateriellen“ Faktoren erfolgreichen Wirtschaftens herangereift zu sein, die unter dem Stichwort „Effizienzorientierung“ zusammengefaßt werden können.

Die Jahre der Krisenbewältigung waren nicht leicht. Sie waren auch von langfristig kontraproduktiven „Kurzschlußhandlungen“ begleitet, die sich nur aus dem hohen psychologischen Druck erklären lassen, der auf der rechen-schaftspflichtigen Politik lastete. Es sei nur an die Sparsamkeitskampagne gegen demonstrativen Konsum erinnert, die eigentlich der Bekämpfung der Korruption und der Stärkung der traditionellen (konfuzianischen) Wertewelt dienen sollte, aber wie die meisten moralisch inspirierten Bewegungen bald

durch den Mißbrauch wirtschaftlicher Interessen beeinträchtigt wurde. Es ließ sich bei bestem Willen nicht übersehen, daß westliche Unternehmen die Hauptanbieter jener demonstrativen Konsumerzeugnisse waren, deren Kostenträchtigkeit den Devisenhaushalt des Landes belastete und folglich den Unwillen der Regierung erregte.

Auch andere mehr oder weniger marktwidrige, politische Rückgriffe auf ein einfallsreiches Repertoire nichttarifärer Hemmnisse haben wiederholt zu handelspolitischen Disputen beigetragen und vor allem in Westeuropa Zweifel geweckt, ob die südkoreanische Regierung wirklich willig und fähig sei, ihren Verpflichtungen im Rahmen der angestrebten zukünftigen OECD-Mitgliedschaft in jedem Fall nachzukommen.

Diese wenig kooperationsfördernden Verhaltensmuster scheinen jedoch nicht so sehr Ausdruck eines andersartigen „Nationalcharakters“ oder sonstiger historisch-kultureller „Einzigartigkeiten“ zu sein, sondern vielmehr Indizien dafür, wie schwierig es offensichtlich ist, den negativen Einfluß sektoraler Interessen auf die Handelspolitik eines Landes abzubauen, das sich immer noch im rasanten Übergang vom Entwicklungsland zur hochentwickelten Industriegesellschaft befindet. Mit fortschreitender, erfolgreicher Entwicklung werden sich diese Phänomene mit großer Wahrscheinlichkeit nach und nach selbst abschwächen und Südkorea zu einem jederzeit verlässlichen Wirtschaftspartner reifen lassen.